

Jens Gieseke (Hg.)

Staatssicherheit und Gesellschaft

Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR

Analysen und Dokumente

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht



Analysen und Dokumente

Band 30

Wissenschaftliche Reihe der Bundesbeauftragten für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Vandenhoeck & Ruprecht

Jens Gieseke (Hg.)

Staatsicherheit und Gesellschaft

Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-35083-6

Umschlagabbildung:

Probeaufnahmen der Observationseinheit (Hauptabteilung VIII) des MfS mit versteckter Kamera, Berlin, Alexanderplatz, achtziger Jahre.
BStU, MfS, HA VIII/Fo/447.

© 2007 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.
Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co, Göttingen.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Jens Gieseke

Staatssicherheit und Gesellschaft – Plädoyer für einen Brückenschlag	7
---	---

THEORIE UND METHODE

Thomas Lindenberger

SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und »Eigen-Sinn«: Problemstellung und Begriffe	23
---	----

Jan C. Behrends

Entfernte Verwandte: Stalinismusforschung und DDR-Geschichte	48
---	----

DIE ZAIG-BERICHTE

Jens Gieseke

Annäherungen und Fragen an die »Meldungen aus der Republik«	79
--	----

Siegfried Suckut

Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976	99
---	----

Frank Joestel

Die zentralen »Parteiinformationen« der Staatssicherheit im Jahre 1988	129
---	-----

Ralph Jessen

Staatssicherheit, SED und Öffentlichkeit	157
--	-----

MIKROSTUDIEN – METHODOLOGIE

Roger Engelmann

Eine Regionalstudie zu Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus	167
--	-----

Dorothee Wierling

Die Stasi in der Erinnerung	187
-----------------------------------	-----

Georg Wagner-Kyora

- Spione der Arbeit – Zur Methodik der Alltagsgeschichte
mit IM-Berichten aus Industriebetrieben 209

Jan Palmowski

- Staatsicherheit und soziale Praxis 253

FELDSTUDIEN

Henrik Bispinck

- Dissens, Widerstand und Repression. Die Schweriner Goethe-
Oberschule im Spiegel von IM-Berichten der fünfziger Jahre 275

Renate Hürtgen

- »Stasi in der Produktion« – Umfang, Ausmaß und Wirkung
geheimpolizeilicher Kontrolle im DDR-Betrieb 295

Patrice G. Poutrus

- Alles unter Kontrolle? Zur Bedeutung der BStU-Quellen für die
zeithistorische Migrationsforschung 318

Sandrine Kott

- Vom Verhältnis Stasi – Gesellschaft zur Stasi als Teil
der Gesellschaft 339

LOKALSTUDIEN

Agnès Arp, Matthias Braun, Jeannette van Laak

- »Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression«
Ein Kulturkonflikt in den achtziger Jahren in der Provinz
der DDR – eine Projektskizze 347

Gary Bruce

- »Wir haben den Kontakt zu den Massen nie verloren«
Das Verhältnis zwischen Stasi und Gesellschaft
am Beispiel der Kreise Perleberg und Gransee 365

Thomas Schaarschmidt

- Kommentar zu den Beiträgen von Gary Bruce, Agnès Arp,
Matthias Braun und Jeannette van Laak 380

Anhang

- Abkürzungen 385
Zu den Autorinnen und Autoren 389

Jens Gieseke

Staatssicherheit und Gesellschaft – Plädoyer für einen Brückenschlag

Zum Stand der MfS-Forschung

Im März 2006 versammelte sich auf Einladung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen eine Schar von rund 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für einen Tag in Berlin, um den Zusammenhang zwischen dem Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und dem gesellschaftlichen Leben breiterer Bevölkerungskreise in der DDR zu diskutieren. Während und nach der Tagung war bei Teilnehmern immer wieder von einem überfälligen Perspektivenwechsel, ja gar von einem neuen Paradigma der Stasi-Forschung die Rede. Solche der Euphorie einer lebendigen und konzentrierten Diskussion geschuldeten Charakterisierungen sind – mit mehr als einem halben Jahr Abstand – sicher mit Vorsicht zu genießen. Für einen Paradigmenwechsel braucht es viele Voraussetzungen, und viele Ankündigungen von »völlig neuen Ansätzen« und »grundstürzenden Thesen« gehören zum üblichen Getöse eines übersättigten zeithistorischen Buchmarktes. Gleichwohl werden die Referate und Kommentare des Workshops in dem vorliegenden Band einer breiteren Öffentlichkeit in der Erwartung vorgelegt, eine Innovation zu dokumentieren.

Diese Innovation besteht erstens im Übergang von einer apparatzentrierten zu einer wirkungsgeschichtlich zentrierten Forschung, zweitens in der Öffnung der Debatte um Wirkungsmacht und Grenzen des Stasi-Einflusses hin zur Gesellschaftsgeschichte der DDR insgesamt, und drittens in einer systematischen Reflexion über den Umgang mit den Stasi-Akten, die gleichermaßen die Grenzen dieser Quellengattung für die Stasi-Forschung im engeren Sinne als auch die überraschenden Erkenntnispotenziale für eine breitere Kultur- und Sozialgeschichte des DDR-Alltags beleuchtet.

Der Band enthält – in etwa zu gleichen Teilen – einerseits theoretische und quellenkundliche Erwägungen zur Integration der Stasi-Aktivitäten und ihrer Überlieferung in den breiten Strom der Historiographie zum ostdeutschen Staatssozialismus, andererseits sehr konkrete sektorale und regionale Fallstudien zum praktischem Umgang mit solchen Konzepten. Der zentrale Ausgangspunkt lautet, dass die Präsenz der Staatssicherheit im Alltag der DDR mit dem Instrumentarium gängiger Top-Down-Modelle ideologisch

gesteuerter kommunistischer Herrschaftsausübung nicht adäquat zu erfassen ist, sondern eines Ansatzes bedarf, in den die soziale Interaktion zwischen Herrschenden und Beherrschten einbezogen wird. Zugleich sollen jene Dimensionen der MfS-Aktivitäten (und ihre Grenzen) analysiert werden, die gerade nicht in das klassische Raster von Widerstand und seiner Verfolgung passen, sondern sich gegen die breite Mehrheit der zumindest äußerlich angepassten DDR-Einwohner richteten. SED-Führung und Staatssicherheit haben sich auf diese Anpassung niemals verlassen, weil sie die »feindlichen« Einflüsse des Systemkonkurrenten im kapitalistischen Westen für potenziell so brisant hielten, dass selbst (und gerade) loyale Systemträger unter einem Generalverdacht standen. Aus dieser »Sicherheitsdoktrin« resultierte der in seinen äußeren Daten präzedenzlose Ausbau der DDR zum präventiven Überwachungsstaat. Was genau bedeutete die »flächendeckende« Präsenz der Staatssicherheit im Alltag? Welche Konsequenzen hatte sie im sozialen Leben, in der Funktionsweise von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft? Welche Spuren hinterließ sie in der mentalen Verfassung, der politischen Kultur und der Erinnerung der Beobachteten und der Beobachter? Welche Schwerpunkte ergaben sich aus der Überwachungslogik? Welche Grenzen fand die Einflussnahme des MfS in System und Gesellschaft poststalinistischer Prägung?

Solche Fragestellungen sind natürlich nicht völlig neu, denn sie lagen im Grunde schon seit Anfang der neunziger Jahre mit der Offenlegung des immensen Nachlasses des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner sich mehrfach überlagernden Aufteilung der gesamten DDR-Gesellschaft (mit Ausnahme des hauptamtlichen SED-Apparates) in geografische und sektorale »Sicherungsbereiche« auf der Hand. Doch die Akzente der Forschung lagen zunächst auf den klassischen Aspekten einer politischen Geschichte kommunistischer Geheimpolizeien: den Machtkämpfen in der politischen Führung, der Verfolgung von Opposition und Widerstand, der politischen Justiz, der offenen und verdeckten Geheimpolizeimethoden usw. Später kam noch, fast ausschließlich im Kontext der deutsch-deutschen Beziehungen, die nachrichtendienstliche Dimension hinzu. Die »nachholende« Befriedigung solcher elementarer Informationsbedürfnisse ist – im Rahmen der Möglichkeiten einer insgesamt guten, in speziellen Fällen wie der Spionage aber auch sehr lückenhaften Überlieferung – mittlerweile weitgehend erschöpft.

Schon in dieser ersten Phase aktengestützter Forschung entwickelte Klaus-Dietmar Henke die Arbeitshypothese, dass die Staatssicherheit seit den siebziger Jahren »tatsächlich flächendeckend und manipulativ einsetzbar« gewesen sei und »staatliche Steuerungsfunktionen« partiell substituiert habe. Diese »umfassende verdeckte Steuerungs- und Manipulationsfunktion« habe in historisch neuartiger Weise nicht nur alle wichtigen Bereiche von

Staat und Gesellschaft, sondern auch Primärbeziehungen zwischen Bürgern umfasst.¹ Ausgangspunkt dieser Hypothesenbildung war die Totalitarismustheorie als gleichsam klassisches Instrument zur Analyse geheimpolizeilichen Wirkens in der Weltanschauungsdiktatur.² Ein umfassendes Forschungsprogramm zu diesen Problemkomplexen war in der besagten Situation noch nicht umsetzbar, doch in den Arbeiten zu den hauptamtlichen Mitarbeitern, zur Denunziationspraxis der inoffiziellen Mitarbeiter, zu den »Sicherungsbereichen« Kirchen, Literatur und Gesundheitswesen, mit vermindertem Aufwand auch zu Jugend, Militär und Wirtschaft, fanden sich bereits mehr oder weniger beiläufig eine Fülle von Befunden.³

Unter dem Eindruck dieser ersten Detailanalysen war die zitierte Ausgangshypothese nur bedingt zu verifizieren. Die zunächst naheliegenden Bilder eines sich stets perfektionierenden, nach und nach alle Bereiche des Lebens durchdringenden Geheimapparats traten in einem Gesamtbild zurück, das auch für den Wirkungsraum des MfS nicht die absolute Dominanz des Repressiven, sondern die »konstitutive Widersprüchlichkeit«⁴ des staatssozialistischen Gesellschaftssystems und seiner Entwicklung ins Zentrum rückt. So betonte Roger Engelmann den Funktionswandel des MfS seit 1957, der schließlich ab Mitte der siebziger Jahre »defensive Stabilisierungsstrategien« gegenüber ideologisch motivierter, offensiver Repression in den Vordergrund treten ließ. Heute gängige Komposita wie die »harten und weichen Stabilisatoren«,⁵ die »heile Welt der Diktatur«,⁶ oder die »Fürsorgediktatur«⁷ sind Ausdruck des Unternehmens, diese Widersprüche auf den Begriff zu bringen. Das repressive Element verschwindet damit –

1 Henke, Klaus-Dietmar: Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. In: VfZ 41 (1993) 4, S. 575–587, hier 585 f.

2 Vollnhals, Clemens: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung. In: Kaelble, Hartmut; Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 498–518.

3 Ausführliche Belege in den Kapiteln 3 bis 5 von Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. Erweiterte Neuauflage, München 2006; sowie speziell mit Blick auf die Forschungen der BStU: Gieseke, Jens: Das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft als Problem der MfS-Forschung; URL: http://www.bstu.bund.de/nn_714036/DE/Forschung/Schwerpunkte/Downloads/verhaeltnis_herrschaft_templateId=raw.property=publicationFile.pdf/verhaeltnis_herrschaft_gesellschaft.pdf.

4 Pollack, Detlef: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998) 1, S. 110–131.

5 Boyer, Christoph: Die Sozial- und Konsumpolitik der DDR in den sechziger Jahren in theoretischer Perspektive. In: Ders.; Skyba, Peter (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Dresden 1999, S. 37–48; Skyba, Peter: Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive; ebenda, S. 49–62.

6 Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR. Berlin u. a. 1998.

7 Jarausch, Konrad: Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR. In: APuZ (1998) 20, S. 33–46.

gerade bei der Untersuchung der kommunistischen Geheimpolizei – keineswegs aus dem Analyserahmen. Aber es muss sich einfügen in eine Gesamtschau, die dem Wandel und dem schließlichen Niedergang der kommunistischen Gesellschaftsformation gerecht wird, welche von der letztlich stärkeren Kraft des Modernisierungsdrucks in der Systemkonkurrenz zeugen.⁸ Wie die Politik des SED-Regimes insgesamt entfalteteten sich Wirkungsmacht und Grenzen der Staatssicherheit in diesem Spannungsbogen und bedürfen deshalb der weiteren Analyse im Detail.

Der Versuch, im Anschluss an die nachholende Grundlagenforschung zu Apparat und Methoden eine neue Perspektive zu formulieren, die zentrale Fragestellungen der allgemeinen Gesellschaftsgeschichte der DDR aufnimmt und dort wiederum den Blick für das enorme Gewicht des Repressions- und Überwachungsapparates im sozialen Leben und der mentalen Verfassung ihrer Einwohner zu schärfen, ist im doppelten Sinne überfällig – er ist nicht nur dringend notwendig, sondern auch potenziell zu spät. Es wäre fraglos viel günstiger, wenn die einschlägige Methodik und die Befunde bereits in den Boomjahren der DDR-Geschichte mit dem notwendigen Nachdruck formuliert worden wären. Nun, nach den großen konzeptionellen Debatten und dem zäsursetzenden Urteilsspruch Jürgen Kockas von 2003, die DDR-Geschichte sei mittlerweile in wesentlichen Zügen sehr gut erforscht, jedoch überspezialisiert und die Szene insgesamt »durch ein hohes Maß an Selbstreferenzialität und Selbstisolierung«⁹ gekennzeichnet, scheint der Ansatz ein wenig wie »Senf nach Tisch«. Kreative Historiker wenden sich unter dem Eindruck der aktuellen »turns« neuen Ufern zu; sie suchen den internationalen Vergleich, die transnationalen (und das heißt häufig auch: transsystemaren) Gemeinsamkeiten oder die kulturellen Repräsentationen. Auch auf diesen Feldern gäbe es hinreichend Anknüpfungspunkte zum Wirken der kommunistischen Geheimpolizeien,¹⁰ doch scheint die davorliegende Frage nach deren Rolle in den sozialen Strukturen und Handlungsräumen noch keineswegs abgegolten.¹¹

8 Vgl. die Aussage von Besier, Gerhard: »In ihrer statischen Herrschaftsbeschreibung, das muss man heute ganz klar sagen, ist die Totalitarismustheorie gescheitert.« Interview. In: Die Welt v. 1. November 2006.

9 Kocka, Jürgen: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag. In: DA 36 (2003) 5, S. 764–769, hier 768.

10 So fällt dem Leser zum Beispiel das Phänomen einer transnationalen Kultur des »Tschekismus« selbst in einem vorwiegend auf klassische Apparatgeschichte konzentrierten internationalen Werk auf: Persak, Krzysztof; Kamiński, Łukasz (ed.): A Handbook of the Communist Security Apparatus in East Central Europe, 1944–1989. Warsaw 2005.

11 Vgl. die Zustandsbeschreibung von Lindenberger, Thomas: In den Grenzen der Diktatur. Die DDR als Gegenstand von »Gesellschaftsgeschichte«. In: Eppelmann, Rainer; Faulenbach, Bernd; Mähler, Ulrich (Hg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn 2003, S. 239–245. Konsequenterweise wird der Komplex in aktuellen Forschungsbilanzen zur DDR-

In der Stasi-Aufarbeitung selbst wird hingegen eine solche Orientierung noch immer als Gefahr einer vorzeitigen Historisierung begriffen, die von den eigentlich entscheidenden politischen und moralischen Verantwortlichkeiten ablenke. Insofern ist und bleibt die Stasi-Forschung »public history«, die ihre Fragestellungen nicht im Fachdiskurs selbst entwickelt, sondern aus den Debatten in Politik und Medien bezieht. Eine solche enge Fühlungnahme mit tagesaktueller Öffentlichkeit gehört natürlich zum Lebenselixier einer vitalen Zeitgeschichte, erweist sich jedoch in dem Maße als Ballast, wie nicht Neugierde, sondern der Wunsch nach Bestätigung von Stereotypen vorherrschen. So kehrt etwa mit einer gewissen Vorhersehbarkeit bei geeigneten Anlässen die Frage »Wer war IM?« wieder auf und wird als drängendes, unverständlicherweise von den Historikern ignoriertes Desiderat dargestellt – unabhängig davon, ob es tatsächlich eine mögliche neue Erkenntnis oder auch nur eine Erkenntnischance angesichts der Lücken in der Überlieferung gibt. Zudem prägen sich Rituale einer Erinnerungs- und Gedenkkultur aus, die weniger aufklären als Identität stiften möchte und im Rhythmus der Gedenktage nicht enden wollende Serien von Vorträgen, Konferenzen und repräsentativen Bänden abfordert, die vom Fortgang der eigentlichen Forschung weitgehend abgekoppelt sind. Themen wie Stasi und Alltag werden nach wie vor in erster Linie als konkurrierende Kontraste interpretiert, nicht aber als Zusammenhang.¹² Hier wiederholen sich Abwehrreaktionen, wie sie bereits in den achtziger Jahren die Etablierung der Alltagsgeschichte, damals auch und gerade als Analyseinstrument für den Nationalsozialismus, begleitet haben.¹³

Gibt es also die Kraft für einen »zweiten Atem« bei der Integration der Stasi-Dimension in die Gesellschaftsgeschichte der DDR? Wenn die Beiträge des vorliegenden Bandes eines zeigen, dann zunächst einmal die Notwendigkeit in der Sache für eine solche Anstrengung. Unabhängig von den Befunden im Einzelnen verdeutlichen die Präsenz der Staatssicherheit als (zuweilen verstopfter) Informationskanal für die Parteiführung, die Eingriffspotenziale in Lebenswege breiter Bevölkerungskreise, schließlich die

Sozialgeschichte weitgehend ignoriert. Vgl. Bauerkämper, Arnd: Die Sozialgeschichte der DDR. München 2004.

¹² Vgl. die Debatte um die Empfehlungen der Sabrow-Kommission im Sommer 2006, dokumentiert in: Zur Zukunft der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Empfehlungen der Expertenkommission. In: Zeitgeschichte online, URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/site/40208626/default.aspx>. 6. Dezember 2006. Vgl. Sabrow, Martin u. a. (Hg.): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte. Göttingen 2007. Vgl. den programmatischen Leitkommentar von Döpfner, Mathias: Keine DDR light. In: Die Welt v. 20. Juni 2006 und die Reaktion von Kommissionsmitglied Ulrike Poppe; ebenda v. 22. Juni 2006.

¹³ Vgl. den aktuellen Kommentar von Lütke, Alf: Alltag: Der blinde Fleck. In: DA 39 (2006) 5, S. 894–901, sowie die Einleitung und die entsprechenden Beiträge. In: Lütke, Alf (Hg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen. Frankfurt/M. u. a. 1989.

Verbreitung von Misstrauen und der ängstliche oder ironisch-forsche Umgang damit, dass sowohl die Funktionsweise der Gesamtgesellschaft als auch die Handlungsmuster im Mikroraum ohne diese Dimension nicht verstehbar sind. Stasi-Forschung kann und muss daher reformuliert werden als Teil einer neuen, politischen Sozialgeschichte der staatssozialistischen Diktatur. Mit traditioneller Sozialgeschichte »with the politics left out« hat diese wenig zu tun, sehr viel aber mit den Phänomenen der politisch motivierten Gewalt, der Militarisierung, der Eruptionen einer widersprüchlichen Modernisierung, die das 20. Jahrhundert zu einem so dunklen Kapitel der Geschichte gemacht haben.

Trotz eines gewissen Nachlassens der Konjunktur für eine solche neue Sozialgeschichte gibt es durchaus korrespondierende Strömungen. Auf die in diesem Band vertretenen deutschen Forscher muss ich nicht ausführlich eingehen, es sei hier aber auf die angloamerikanische und die französische Forschung verwiesen. So sind zumindest Teilelemente der Arbeiten Mary Fulbrooks anschlussfähig. Sie hat mit dem Anspruch »to put the people back in history«¹⁴ das Konzept einer Volksgeschichte der DDR entworfen, das ursprünglich darin motiviert war, jene »nicht so bösen« Aspekte hervorzuheben, die sich zeigen, »wenn wir einmal unseren Blick von den Strukturen der Repression (Stasi usw.) weglenken«.¹⁵

Im Zuge ihrer Argumentation für die Deutung der DDR als »partizipativer Diktatur« kommt sie allerdings nicht umhin, das Denunziantenwesen der IM als böartige (»*malign*«) Form der Partizipation am System ausgiebig zu thematisieren. Auch andere Formen der MfS-Präsenz werden durchaus behandelt. (Die hauptamtlichen Mitarbeiter werden hingegen, wie Militärs, Volkspolizisten und Apparatschiks insgesamt, als von der Gesellschaft »isolierter« Teil der sozialistischen Dienstklasse praktisch außerhalb ihres Bildes vom »Volksstaat« DDR gestellt.) Insofern greift sie die hier zur Debatte stehenden Probleme zur Rolle des MfS in der DDR-Gesellschaft durchaus auf. Von ihrer eigenen Analyse unbeirrt hält sie jedoch an der These fest, dass eine schweigende Mehrheit subjektiv »ganz normale Leben« gelebt habe, ohne jemals mit den repressiven Herrschaftsinstrumenten, namentlich des Reiseverbotes und der Staatssicherheit, in Berührung zu kommen: »[I]t is important also to notice just how many people never had occasion to hit against these boundaries, and genuinely felt that they were able to lead ›perfectly normal lives.«¹⁶

14 Fulbrook, Mary: Putting the People Back in: The Contentious State of GDR History. In: German History 24 (2006) 4, S. 608–620.

15 Dies.: Jenseits der Totalitarismustheorie? Vorläufige Bemerkungen aus sozialgeschichtlicher Perspektive. In: Barker, Peter (ed.): The GDR and its History: Rückblick und Revision. Die DDR im Spiegel der Enquete-Kommissionen. Amsterdam u. a. 2000, S. 35–53, hier 42.

16 Fulbrook, Mary: The People's State. East German Society from Hitler to Honecker. New Haven u. a. 2005, S. 297.

Konsequenterweise kommt sie im Zusammenhang mit den sozialpsychologischen Wirkungen der Spitzelfurcht zu dem Fazit, dass diese zwar einen (nicht näher definierten) Effekt auf die sozialen Beziehungen gehabt hätte, aber Vertrauen und Freundschaft für die meisten Leute und die meiste Zeit doch ohne Weiteres möglich gewesen seien. »Unendlich explosiver«, so ihr fataler Nachsatz, sei das Spitzelwesen erst durch die Aktenöffnung geworden.¹⁷ Niemand würde bestreiten, dass in der DDR-Gesellschaft Freundschaft und Vertrauen möglich gewesen sind, doch geht Fulbrook damit der Frage nach der inneren Verfassung einer Gesellschaft aus dem Wege, zu der eben auch das alltägliche – keineswegs nur auf Dissidentenkreise beschränkte – *Misstrauen* gehörte, das sich aus der realen und den Menschen durchaus gegenwärtigen Gefahr der Überwachung speiste. Ob tatsächlich eine Mehrheit der DDR-Einwohner in nüchterner Selbstbefragung zu dem Ergebnis kommen würde, niemals die verdeckte Präsenz der Staatsmacht gespürt und in ihrem Verhalten in Rechnung gestellt zu haben, kann man mit Fug und Recht bezweifeln. Im Gegenteil, gerade das Bestreben, möglichst »normale«, unauffällige Leben zu führen, ließe sich ohne Weiteres gerade als Bestätigung für den subkutanen politischen Druck interpretieren.

Fulbrooks ambitionierter Wurf erweist sich deshalb bei genauerem Hinsehen als ambivalent. Sie sieht sich als Anwältin einer schweigenden Mehrheit, die angeblich »nicht unbedingt [ihr] eigenes Leben nur – oder primär – aus Sicht der Diktatur bezeichnet (oder beschrieben) sehen« möchte, »sei es als Mitläufer, unwillige oder mutige Opfer, oder dumme ›dupes‹ (Gimpel) der Ideologie (von Stasi-IM oder Regimetragern schon gar nicht zu sprechen)«. ¹⁸ Dieser Wille zur Empathie mit den Zeitgenossen ist mit dem unabhängigen Urteil der Historikerin naturgemäß nicht durchweg vereinbar und kann bei Lichte besehen auch nicht der entscheidende Maßstab einer kritischen Gesellschaftsgeschichte von Diktaturen sein. Viele Verhaltensmuster, die Fulbrook unter dem Rubrum der »Partizipation« fasst, ließen sich zum Beispiel mit Blick auf säkulare Traditionen deutscher Gesellschaftsverfassung als Reproduktion von »Untertänigkeit«¹⁹ einstufen, doch meidet sie systematisch solche weniger empathischen Konnotationen.

Der hier verfolgten Fragestellung stärker entgegen kommt der französische Ansatz einer »*socio-histoire* der Herrschaft«, der die Trennung von

17 Dies.: *The People's State* (Anm. 16), S. 246.

18 Dies.: *Jenseits der Totalitarismustheorie* (Anm. 15), S. 38.

19 Vgl. Staritz, Dietrich: *Untertänigkeit – Heritage and Tradition*. In: *Studies in GDR Culture and Society* 6. London u. a. 1986, S. 37–48. So auch Stefan Wolle, der von einer »scheinbaren Eintracht zwischen Untertanen und Obrigkeit« spricht, die nicht »gänzlich zu negieren« und auch »nicht allein durch die stets präsente Gewaltandrohung« zu erklären sei. Wolle, Stefan: *Alltag und Diktatur*. In: Veen, Hans-Joachim u. a. (Hg.): *Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur*. Berlin u. a. 2000, S. 42.

Staat (als Gegenstand der Politikgeschichte) und Gesellschaft (als Gegenstand der Sozialgeschichte) aufgibt:

»Im Gegensatz zur Sozialgeschichte oder zur ›*histoire sociale*‹ versteht die ›*socio-histoire*‹ Gruppenbildungsprozesse nicht als Produkte wirtschaftlicher oder kultureller Kräfte, die sich in einem relativ autonomen Bereich der Gesellschaft gestalten. Hier rücken die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in den Vordergrund. Deshalb bilden die gegenseitigen Einflüsse und Verflechtungen zwischen sozialen Gruppen und staatlichen sowie politischen Akteuren und Institutionen den Schwerpunkt der Forschung.«²⁰

Anders als in der deutschen Sozialgeschichte werden staatliche Institutionen als integraler Bestandteil von Gesellschaft verstanden. In dieser Perspektive erhält der Einfluss staatlicher Instanzen auf die Bildung sozialer Gruppen und Identitäten zentrale Bedeutung.

Dieser französische »Stil« arbeitet im expliziten Dialog mit dem theoretischen Instrumentarium der Herrschaftssoziologie (Goffman, Hirschman, Foucault, Bourdieu).²¹ Klassische Institutionen für die »sehr konkrete und kontextbezogene Ausübung der Herrschaft: im Gefängnis, in der Partei, im Betrieb, in der Schule, in der Stasi usw.« werden ins Zentrum gerückt.²² Die Arbeiten sind konsequent akteursorientiert, sowohl was die innere Verfassung der Herrschaftsinstitutionen als auch deren Handeln in der Gesellschaft betrifft.²³

Die Erprobung solcher Konzepte für das Spezialfeld Staatssicherheit – und umgekehrt: die Suche nach dem angemessenen Platz der Geheimpolizei und ihrer direkten und indirekten sozialen Wirkungen im Gesamtbild der DDR-Gesellschaft – steht jedoch auch hier noch am Anfang.

Zur Quellenproblematik

Neben diesen Untersuchungsfeldern ist ein generelles methodisches Problem in den Erfahrungen der vergangenen Jahre immer deutlicher zutage

20 Rowell, Jay: Socio-histoire der Herrschaft. In: Kott, Sandrine; Droit, Emmanuel (Hg.): Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive. Berlin 2006, S. 26–34, hier 29.

21 Pudal, Bernard: Studien zum Kommunismus in Frankreich. Zwischen Soziologie und Geschichtswissenschaft. In: ebenda, S. 286–290.

22 Rowell: Socio-histoire (Anm. 20), S. 33; vgl. die Beiträge von Emmanuel Droit, Michel Christian, Agnès Bensussan und Pascal Décarpes im Abschnitt »Die Herrschaft: Von der Sozialisation zur Verfolgung« ebendort, sowie als *opus magnum* dieser Strömung (allerdings ohne MfS-Dimension) Kott, Sandrine: Le communisme au quotidien. Les entreprises d'État dans la société est-allemande. Paris 2001. Siehe auch den Kommentar von Sandrine Kott in diesem Band.

23 Vgl. den Review-Artikel zu deutschen, britischen und amerikanischen Publikationen von Kott, Sandrine: Everyday Communism: New Social History of the German Democratic Republic. In: Contemporary European History 13 (2004) 2, S. 233–247.

getreten: der Umgang mit dem ungeheuren Umfang der MfS-Überlieferung. Es mag auf den ersten Blick etwas kurios wirken, wenn sich Historiker über die Materialmassen beklagen: Natürlich wäre die Forschung und Aufklärung über das vormals geheime Wirken der politischen Polizei ohne diese nach Art und Maß (trotz der problematischen Nutzungsbedingungen für die meisten Forscher) weltweit einmalige Aktenöffnung schlechterdings undenkbar. Über den konkreten Gegenstand DDR hinaus kommt ihr deshalb ein bedeutendes Potenzial für die Diktatur- und Geheimdienstforschung zu. Aber erst in der regelmäßigen Arbeit mit dem Material erschließt sich in vollem Umfang seine quellenkundliche Problematik, sowohl was den schieren Umfang als auch was die Eigenheiten der Quellengattungen angeht.

Insbesondere für die siebziger und achtziger Jahre, auf die sich zusammen rund 90 % der MfS-Überlieferung beziehen, stößt der Historiker schon aufgrund ihrer Redundanz an die objektiven Grenzen der Auswertbarkeit. Der für Historiker normalerweise geltende Anspruch, zu einem bestimmten Thema »alle« einschlägigen Akten auswerten zu können, rückt damit in weite Ferne: »Angesichts des Massencharakters der hier vorliegenden Quellen ist die Forderung, alles zugängliche Material durchzuarbeiten, ein Hirnge spinst«, so der polnische Historiker Marcin Kula mit Blick auf die kommunistischen Polizeiarhive.²⁴

Zum zweiten stellen die Bestände auch qualitativ eine Herausforderung dar. Über Jahrzehnte musste das geheimdienstliche und geheimpolizeiliche Wirken praktisch ausschließlich auf der Basis von Erlebnisberichten von Akteuren und Opfern, wenigen öffentlichen Quellen und kaum verifizierbaren, zumeist gelenkten Dokumentenpublikationen analysiert werden. Mit der Öffnung der Archive prägte nun der bürokratieförmige Nachlass wesentliche Teile des Bildes – mit allen Vor- und Nachteilen, die dies hat: den viel höheren Grad an Präzision, die Chance zur Aufdeckung geheimer und geheimster Operationen des Apparats, aber auch das Risiko der Produktion von »Amtdrucksachen«,²⁵ die sich in der Darstellung von Apparatstrukturen und anderen Formalien verfangen, bis hin zur unwillkürlichen Übernahme der Logik und Sprache aus der geistigen Welt des »Tschekismus«. Auch das umgekehrte Risiko liegt nahe: die unkritische Reproduktion der Stasi-Feindperspektive, die Apparatzuschreibungen und Selbstverständnis von Akteuren verwechselt.

24 Kula, Marcin: Was ich aus den legendären »Mappen« erfahren möchte. In: Bensussan, Agnès; Dakowska, Dorota; Beaupré, Nicolas (Hg.): Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizeien in Polen und Deutschland nach 1989. Essen 2004, S. 195–203.

25 Aly, Götz: Deutsche Einheit. Hubertus Knabe hat zwei fragwürdige, aber einander ergänzende Studien über die West-Arbeit der Stasi geschrieben. In: Berliner Zeitung v. 24./25. Dezember 1999, S. 8.

Die Frage nach den methodischen Korrektiven ist also an der Tagesordnung. Hierzu gehört der Wille zur kritischen Hermeneutik im Umgang mit den Stasi-Unterlagen, aber auch die Suche nach alternativen Quellen. Da aufgrund der Geheimhaltung und der gezielten Vernichtung MfS-bezogenen Schriftgutes klassische Aktenüberlieferungen, etwa des SED-Parteiarchivs, nur punktuell weiterhelfen, kommt den »Ego-Quellen« große Bedeutung zu. Bedeutend sind Tagebücher und andere zeitgenössische Aufzeichnungen,²⁶ doch in der Praxis finden häufiger nachträglich produzierte Quellen wie Memoiren und Oral-History-Interviews Verwendung.²⁷ Dies gilt nicht nur für den Extremfall von Haftbedingungen und Verhörmethoden, die sich nur sehr eingeschränkt in der schriftlichen Überlieferung spiegeln, und die deshalb praktisch ausschließlich auf der Basis von Häftlingsberichten (wiederum quellenkritisch) rekonstruierbar sind. Bezogen auf den Wirkungsraum der DDR-Gesellschaft insgesamt wird es komplizierter. Als methodische Vorsichtsmaßnahme sollte man hier bei der Analyse von Stasi-Akten und Stasi-Operationen stets in Betracht ziehen, dass erstens dokumentierte Pläne nicht notwendig auch durchgeführt wurden, zweitens nicht jede durchgeführte Operation auch erfolgreich war, drittens das MfS im jeweiligen Zusammenhang möglicherweise nicht der entscheidende, vielleicht sogar ein ganz unbedeutender Akteur war, und viertens, die wesentlichen Abläufe und Phänomene in der Aktenüberlieferung der Staatssicherheit nicht auftauchen.²⁸

Zugleich jedoch eignen sich gerade die Stasi-Quellen, namentlich die hunderttausenden von unmittelbar an der gesellschaftlichen Basis gesammelten IM-Berichte, für eine Ethnologie des DDR-Alltags,²⁹ wie sie bislang allenfalls mithilfe von Eingabenanalysen (und ganz anderen Befunden) versucht worden ist.³⁰ Um noch einmal Marcin Kula zu zitieren:

»Ein Polizeibericht kann falsch sein in Bezug auf eine bestimmte Person, über die er berichtet – aber das muss keineswegs heißen, dass das Bild der Gesellschaft, das sich aus vielen solcher Berichte zusammensetzt oder, was ebenso wichtig ist, dass das sich in den Berichten widerspiegelnde Selbstbild der Verfasser deshalb auch falsch sein muss.«³¹

Anders als die aggregierten Berichte, etwa in den Überlieferungen des FDGB und der SED, setzen die IM-Berichte unmittelbar auf der Primärebene

26 Als prominentes Beispiel: Reimann, Brigitte: *Ich bedaure nichts: Tagebücher 1955–1963*. Hg. v. Angela Drescher. 3. Aufl., Berlin 1998.

27 Vgl. den Beitrag von Dorothee Wierling in diesem Band.

28 Vgl. den Beitrag von Roger Engelmann in diesem Band.

29 Vgl. den Beitrag von Georg Wagner-Kyora in diesem Band.

30 Mühlberg, Felix: *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR*. Berlin 2004; Fulbrook: *The People's State* (Anm. 16), S. 269–288.

31 Kula: *Mappen* (Anm. 24), S. 203.

des sozialen Lebens an: unter Kollegen, Mitschülern, Nachbarn, Verwandten und Bekannten, und liefern – oftmals ganz unabhängig von den Zielen der MfS-Überwachung – tiefe Einblicke. Der MfS-intern beklagte Umstand, dass inoffizielle Mitarbeiter »geschwätzig« seien und vieles berichten würden, das ohne »operativen Wert« sei, erweist sich für den Alltagshistoriker somit als großer Gewinn.

Orientierungspunkt NS-Forschung

In vielen Aspekten ist der hier skizzierte Ansatz nur denkbar vor dem Hintergrund der Forschungen zum Nationalsozialismus und zum sowjetischen Stalinismus. Diese Querbezüge waren ebenfalls Gegenstand der Tagung. Während Jan Behrends' Überlegungen zu den (mehr oder weniger) »entfernten Verwandten« Sowjetunion und DDR im vorliegenden Band vertreten sind, konnte Gerhard Paul, einer der »Innovatoren« der neueren Gestapo-Forschung, keinen schriftlichen Beitrag beisteuern.³² Deshalb hierzu im Anschluss an die Workshopdiskussion mit ihm hilfsweise einige Bemerkungen von mir: Der intensive Austausch zwischen öffentlichem Aufarbeitungsdiskurs und Fachwissenschaft, der Wandel der Problemstellungen für die Forschung, insbesondere die Erweiterung des Blicks auf die Gesellschaften in bzw. unter der Diktatur, auch die Probleme der Quellenkunde, weisen eine Reihe von Parallelen auf. Damit soll keine Gleichsetzung der Regime oder gar ihrer Verbrechen vorgenommen werden, aber viele Probleme stellen sich auf ähnliche Weise, und sowohl aus der Methodendiskussion als auch aus dem Vergleich der oft sehr unterschiedlichen Befunde zwischen beiden Regimen lässt sich eine Menge lernen. Der DDR-Forschung kommt dabei zugute, dass die NS-Forschung schon erheblich länger betrieben wird und sowohl mit Blick auf die Überwindung quälender Widerstände gegen unbequeme Befunde als auch auf das angehäuften Wissen und die Forschungserfahrungen die Chance eröffnet, manchen Irrweg zu vermeiden. Ein unerschöpflicher Fundus ist die NS-Forschung auch deshalb, weil sie international und aus einer Vielfalt von Perspektiven betrieben wird.

Der Horizont der Studien zum Dritten Reich ist in der institutionalisierten Stasi-Forschung seit Anfang an latent präsent gewesen – nicht zuletzt dadurch, dass einige Stasi-Forscher sich in früheren Zeiten auch mit dem

³² Die folgenden Zitate beziehen sich auf einen unveröffentlichten, bilanzierenden Text zur Gestapo, der den Workshopteilnehmern vorlag. Paul, Gerhard; Mallmann, Klaus-Michael: Gestapo – Weltanschauungsexekutive im NS-Herrschaftssystem, unveröff. Manuskript.

Nationalsozialismus beschäftigt hatten. Das Entstehen der Stasi-Forschung in den neunziger Jahren kam zudem zusammen mit dem Erstarren der NS-Täterforschung, der vergleichenden Denunziationsforschung sowie kritischen Arbeiten zum Verhältnis von Gestapo und Gesellschaft. Einige dieser Vorbilder haben ihren unmittelbaren Niederschlag in Studien zum MfS gefunden (zum Beispiel zu Apparat und hauptamtlichem Personal), andere waren zumindest in Form von Fragestellungen präsent (wie die Zusammenhänge von Denunziationspraxis und IM-Wesen), und wieder andere schließlich bedürfen noch der Adaption und Exploration (wie die in diesem Band vorgestellten Projekte zu Stimmungs- und Lageberichten und Lokalstudien zur SED-Herrschaft).

Gerhard Pauls Bilanz der Gestapo-Forschung hat auf dem Workshop noch einmal vor Augen geführt, dass die Polizeiaapparate des Nationalsozialismus einer »sich ständig beschleunigenden Entgrenzung von Herrschaft«³³ unterlagen, die schließlich in der Shoah gipfelte, und die sich in vielfältiger Hinsicht: ideologisch, organisatorisch, personell, niederschlug. Eine solche Dynamik hat es im Falle der DDR-Staatssicherheit, trotz der theoretisch (und im Falle des sowjetischen Vorbilds auch praktisch) ähnlich entgrenzten Ideologie, nicht gegeben. Im Gegenteil, die ungleich längere Geschichte der Staatssicherheit zeugt vielmehr von einer merkwürdigen Doppelbewegung: einer ständigen Ausweitung ihres präventiven Überwachungsanspruchs und einer Perfektionierung von Aufwand und Methoden, und zugleich einer schrittweisen faktischen *Begrenzung* ihres Handlungsspielraums und einer Entradikalisierung, jedenfalls auf der Ebene des tatsächlichen Handelns. Ebenso nahmen die (Todes-)Opfer über die Jahre nicht exzessiv zu.³⁴ Mit dem Ende des Hochstalinismus wurden der systematische Terror und die Willkür der Verfolgung sukzessiv abgemildert, allerdings keineswegs aufgehoben.

Trotzdem bieten sich Vergleichsebenen an, wenn man die Befunde von Gerhard Paul Revue passieren lässt. Er verweist auf die institutionelle Kooperation der Gestapo mit der Kriminal- und Ordnungspolizei, die Parteiinstanzen der NSDAP, vor allem die unteren Funktionäre als »eigeninitiative Schnüffler«, aber auch als Empfänger von »Denunziationen im sozialen Nahbereich«. Aber auch Behörden wie Bahn, Post, Finanzverwaltung, Melde- und Gesundheitsämter lieferten der Gestapo wie dem MfS vielfältige

33 Ebenda, S. 10.

34 Der mit Abstand größte Komplex von Todesopfern des DDR-Kommunismus nach 1956 betraf die Tötung von fluchtwilligen DDR-Einwohnern an den Grenzen der DDR und des Ostblocks. Vgl. die vorläufige Bilanz in Gieseke: Mielke-Konzern (Anm. 3), S. 186–191; zum aktuellen Forschungsstand über die Berliner Mauertoten: Hertle, Hans-Hermann; Sälter, Gerhard: Die Todesopfer an Mauer und Grenze. Probleme einer Bilanz des DDR-Grenzregimes. In: DA 39 (2006) 4, S. 667–676.

Informationen. Und schließlich verweist er auf das System der »Abwehrbeauftragten« und des Werkschutzes für die Verankerung in Betrieben, die fast namensgleiche Entsprechungen in der DDR hatten.³⁵

Zentrale Anknüpfungspunkte bietet schließlich die Funktionsweise der »gesellschaftlichen Selbstpolizierung« als Element der Gestapo-Macht, also die Potenzierung des Handlungsrepertoires der – organisatorisch relativ kleinen – Gestapo durch organisierte Zuarbeit von V-Leuten und vor allem durch den breiten Strom der spontanen Denunziationen aus der Bevölkerung, vorzugsweise bei Delikten wie »Rassenschande« oder »Abhörens ausländischer Sender«: »Massenhaftes Denunzieren«, so Gerhard Paul, »muss folglich zu den Grundsignaturen der inneren Verfassung des Dritten Reiches gezählt werden.«³⁶ Für diese Delikte lassen sich zwischen 55 und 80 % aller Verfahren auf Denunziationen zurückführen. Die Diskussion über den gesamtgesellschaftlichen Stellenwert der Denunziationen ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Zwar lässt sich aus der hohen Denunziationbereitschaft erkennen, dass es einen signifikanten Bevölkerungsanteil gab, der zu solchen Anschwärmungen bereit war, doch lassen sich daraus keineswegs Schlussfolgerungen über Mehr- und Minderheitsverhältnisse ableiten. Zum zweiten konnte es natürlich auch die Massenhaftigkeit entsprechender Delikte und entsprechend eine möglicherweise noch viel höhere Dunkelziffer sein, die sich hier indirekt dokumentiert, wie Karl-Heinz Reuband betont hat.³⁷ Zum dritten schließlich waren Denunziationen aufgrund ihrer meist privaten Motive für die Gestapo in gewissem Maße zufällig, unberechenbar und richteten sich nur in Ausnahmefällen gegen die politisch gewichtigen Fälle von »Vorbereitung zum Hochverrat«. Die Übertragung dieser Problemstellung auf das organisierte Denunziantenwesen der »inoffiziellen Mitarbeiter« in der DDR ist bereits in einiger Hinsicht diskutiert worden, aber längst nicht systematisch ausgelotet.³⁸ Schließlich ist auf die sozialpsychologischen Parallelen zwischen der realen Wirkungsmacht des Mythos von der allmächtigen Gestapo und dem entsprechenden »Stasi-Mythos« als Teil des Alltagsbewusstseins der DDR-Bürger hinzuweisen, wenngleich es

35 Vgl. den Beitrag von Renate Hürtgen in diesem Band.

36 Paul; Mallmann: Gestapo (Anm. 32), S. 13.

37 Reuband, Karl-Heinz: Denunziation im Dritten Reich. Die Bedeutung von Systemunterstützung und Gelegenheitsstrukturen. In: Marszolek, Inge; Stieglitz, Olaf (Hg.): Denunziation im 20. Jahrhundert. Zwischen Komparatistik und Interdisziplinarität. Sonderheft von *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 26 (2001) 2/3, S. 219–234.

38 Auf der Basis des damaligen, heute überholten Forschungsstandes: Gellately, Robert: Denunciations in Twentieth-Century Germany: Aspects of Self-Policing in the Third Reich and the German Democratic Republic. In: Fitzpatrick, Sheila; Gellately, Robert (ed.): *Accusatory Practices. Denunciations in Modern European History, 1789–1989*. Chicago u. a. 1997, S. 185–221; Kerkmann-Diewald, Gisela: Vertrauensleute, Denunzianten, Geheime und Inoffizielle Mitarbeiter in diktatorischen Regimen. In: Bauerkämper, Arnd; Sabrow, Martin; Stöver, Bernd (Hg.): *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*. Bonn 1998, S. 282–293.

hierzu bislang kaum systematische Forschungen jenseits der Fülle anekdotischer Evidenz gibt.

Unterm Strich, so lässt sich die Diskussion mit Gerhard Paul zusammenfassen, handelt es sich bei Gestapo und Stasi um (Jan Behrends zitierend) »noch entferntere Verwandte« als im Falle der sowjetischen Geheimpolizei. Doch zugleich erweist sich der reichhaltige Erfahrungsschatz der NS-Forschung als ein Füllhorn für Methodik und Problembewusstsein in der Analyse der Gesellschaftsgeschichte der Weltanschauungsdiktaturen des 20. Jahrhunderts.

Zum Aufbau des Bandes

Zu den theoretischen und methodologischen Beiträgen des Bandes ist bereits einiges gesagt. Die präsentierten Fallstudien können naturgemäß nur punktuelle Sondierungen abdecken. Es handelt sich um aktuell bearbeitete oder just abgeschlossene Studien, die dem Stasi-Aspekt wesentlichen Raum einräumen und ein breites Panorama von Feldern repräsentieren: zu den ZAIG-Berichten aus der Editionsgruppe der BStU (Gieseke, Suckut und Joestel), zur Schule der fünfziger Jahre (Bispinck), zur MfS-Präsenz in Industriebetrieben (Hürtgen) und zum Umgang mit Fremden und Fremdenfeindlichkeit. Es folgen die Lokalstudien zur Kulturszene in Gera (Arp-Pilleul, van Laak, Braun) und zur Lage in zwei mecklenburgischen Kreisen (Bruce). Es sind auch schriftliche Ausarbeitungen der auf der Tagung präsentierten Kommentare von Ralph Jessen, Jan Palmowski, Sandrine Kott und Thomas Schaarschmidt aufgenommen, die einen ganz wesentlichen Teil der Vermittlungsarbeit zwischen Spezialforschung und allgemeiner Zeitgeschichte geleistet und die dabei auftretenden Probleme benannt haben. Ihnen allen sei für Ihre engagierte Beteiligung am Workshop und für die rechtzeitige Lieferung der Manuskripte gedankt, die es ermöglicht, den Tagungsband relativ zeitnah vorzulegen. Es soll schließlich nicht verhehlt werden, dass die Begegnung zwischen den Spezies der Stasi-Experten und der Sozial- und Kulturhistoriker den Workshopteilnehmern eine gewisse Bereitschaft abverlangte, den Spannungsbogen zwischen durch den Raum schwirrenden Kürzeln wie »IM«, »OV« oder »POZW« und etwa der elaborierten Terminologie foucaultscher Gesellschaftstheorie auszuhalten. Es erfüllt den Herausgeber mit Dankbarkeit, dass dies gelang.

Ein ganz besonderer Dank geht schließlich an Doris Gorsler, die die Organisation des Workshops in gewohnter Perfektion abwickelte.

Theorie und Methode

Thomas Lindenberger

SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und »Eigen-Sinn«: Problemstellung und Begriffe¹

»Herrschaft« in der Demokratie, »Herrschaft« in der Diktatur

Wenn von »Herrschaft« die Rede ist, denken die meisten zunächst an die »Herrschenden« und die Mittel und Werkzeuge, mit denen diese »ihre« Autorität über andere Menschen herstellen und aufrechterhalten. Jene anderen kommen in dieser alltäglichen Redeweise meist als bloß passiv »Beherrschte«, in besonderen Situationen auch als Aufständische vor. Zu den Werkzeugen der Herrschaft gehören auf Gewaltausübung spezialisierte Sozialverbände und Verwaltungsapparate, aber auch Erziehungseinrichtungen und Ideologien. Sie dienen den Herrschenden, die ihnen Unterworfenen dauerhaft gefügig zu machen. Sie bedienen sich der Androhung und Anwendung physischer Gewalt ebenso wie der ein Herrschaftsverhältnis reproduzierenden Ordnungssysteme: Diese können ihrerseits in letzter Instanz ohne die Konzentration von Gewaltmitteln auf Seite der Herrschenden nicht bestehen.

Früher, in vormodernen Zeiten, war »Herrschaft« anders konnotiert als heute: »Herrschaft« galt fraglos als positiver Begriff, der keiner weiteren Rechtfertigung bedurfte. Als gottgegeben angesehen war sie an bestimmte Personen und Personengruppen gebunden. »Herrschaft« bezeichnete zugleich die Institution der Herrschaft wie diese Personengruppe selbst, den oder die »Herren«. Heutzutage ist eine solche positive Konnotation von Herrschaft mehr oder weniger aus unserer Vorstellungswelt verschwunden. Wohl gab es bereits in den antiken Stadtstaaten die Unterscheidung zwischen der illegitimen Tyrannis eines Einzelnen und einer legitimen, sich auf Anerkennung und Beteiligung durch Bürger stützenden Herrschaft. Als Unterscheidung zwischen »buon governo« und »cattivo governo«² ist diese

1 Im Folgenden greife ich bereits an anderer Stelle vorgestellte Überlegungen in teils gekürzter, teils ergänzter Form wieder auf. Vgl. Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln, Weimar, Wien 1999, S. 13–44. Ich bedanke mich bei Patrice G. Poutrus und Annette Vowinkel (beide ZZf Potsdam) für ihre kritischen Hinweise und Ergänzungsvorschläge.

2 »Gute Regierung« – »schlechte/üble Regierung«, siehe die 1337 bis 1340 entstandene allegorische Darstellung von Ambrogio Lorenzetti (1290–1348) im palazzo pubblico in Siena, http://www.medport.de/lexikon/index.php/Ambrogio_Lorenzetti (27. Oktober 2006).

Erfahrung mit den Wechselfällen der politischen Geschichte auch aus den italienischen Stadtrepubliken überliefert.

Erst mit der allgemeinen Durchsetzung des modernen Verfassungsstaats ist ein engerer Sprachgebrauch von »Herrschaft« selbstverständlich geworden: In unserer heutigen, von einer liberalen Verfassungswirklichkeit geprägten Öffentlichkeit wird »Herrschaft« fast ausschließlich in einem grundsätzlich herrschaftskritischen Sinn verwandt. Mit »Herrschaft« meinen die meisten Sprecher vor allem willkürlich ausgeübte und tendenziell unbegrenzte Herrschaft, deren Rechtfertigung über den kleinen Kreis der Herrschenden hinaus keine dauerhafte Anerkennung findet. Die Errungenschaften des sich Jahrhunderte hinziehenden Übergangs von Formen illegitimer zu denen legitimer Herrschaft sind uns mittlerweile so selbstverständlich, dass wir sein Endprodukt, die politischen Herrschaftsverhältnisse in unserer eigenen Gesellschaft, in der Umgangssprache kaum noch als »Herrschaft« kennzeichnen. Indirekt ist darin ein historischer Grundkonsens aufgehoben, der die öffentliche Selbst-Verständigung über derartige Sachverhalte einschließlich der darin vorgenommenen semantischen Reduktion überhaupt erst ermöglicht: Herrschaft bedarf vor dem Hintergrund der naturrechtlichen Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen in jedem Fall einer von Herrschenden und Beherrschten gleichermaßen anerkannten Legitimation. Dies wird vor allem durch Prozeduren der zeitlichen, räumlichen und materiellen Begrenzung von Herrschaft erreicht. Die liberalen Demokratien praktizieren mithilfe von Verfassungen, Gewaltenteilung und gleichen Menschen- und Bürgerrechten vor allem im Bereich des Staates »Herrschaft auf Zeit«. Diese legitime Herrschaft wird allerdings nur noch selten als solche bezeichnet, da diesem Begriff von vornherein seine Intention der kritischen Infragestellung innewohnt.

»Herrschaft« im positiven Sinne ist unter diesen Verhältnissen, wenn überhaupt, in der abstrakten Formel der »Herrschaft des Rechts« (rule of law) enthalten, in der die erwähnte kritische Stoßrichtung aufgehoben ist: Wenn das Recht herrscht, kann es keine an bestimmte Personen oder Personenkategorien fixierte und deren Willkür anheim gegebene Herrschaftsausübung geben. Daher ist kaum von der »Herrschaft der Bundesregierung« oder »des Bundestags« die Rede. Deren durch freie Wahlen und genau festgelegte Verfahren der begrenzten Herrschaftsausübung erzeugte Legitimität stellt sie vom Verdacht, illegitime Herrschaft auszuüben, frei.

Etwas komplizierter wird es schon, wenn von Herrschaft in einer kapitalistischen Marktwirtschaft die Rede sein soll. »Herrschaft« bezieht sich dann meist auf die Überlegenheit der ökonomisch Stärkeren, die von ihnen Abhängigen vorschreiben können, bei wem, wie lange und zu welchem Lohn sie arbeiten, was sie kaufen oder verkaufen können und wo und mit welchen Auswirkungen produziert und verkauft wird. Doch selbst in der

Alltagsrede von der »Herrschaft des Kapitals« oder auch der »Verbände« und anderer besonders durchsetzungsfähiger Marktteilnehmer ist die Vorstellung enthalten, dass die von ihnen Abhängigen diesen nicht ganz und gar schutzlos ausgeliefert sind, sondern im Rahmen von rechtlich abgesicherten checks und balances zur Gegenwehr in der Lage sind. Auch der Markt ist seinerseits in eine Ordnung der Herrschaft des Rechts eingebunden, da er ohne das Recht nicht existieren kann – zumindest in den Metropolen des globalen Kapitalismus.

Eine den kritischen Impuls ins Allumfassende steigende Bedeutung erhält das Wort »Herrschaft« heutzutage zumeist dann, wenn es auf eine der modernen Diktaturen des 20. Jahrhunderts angewandt wird. Umgangssprachlich ist »Herrschaft« dann mehr oder weniger unweigerlich »diktatorische« oder »totale« bzw. »totalitäre« Herrschaft und verbindet sich in erster Linie mit Strategien der Überwachung, Steuerung, Repression und Ausschaltung von Herrschaftsunterworfenen. Vom Standpunkt der liberalen Verfassungsstaaten unserer Tage versteht es sich zunächst von selbst, der Herrschaft der SED, der KPdSU, selbstredend auch der der NSDAP, des Partito Nazionale Fascista und der Falange-Partei einen ausschließlich diktatorischen und repressiven Charakter zuzuschreiben. Sie beruhen schließlich auf bewusster Aufhebung jener Grundrechte und legitimierenden Verfahrensweisen, die in der liberalen Demokratie das kunstvolle Konstrukt der »Herrschaft auf Zeit«, die checks und balances zwischen verschiedenen Herrschaftsbereichen wie Staat, Ökonomie und Gesellschaft ermöglichen und damit willkürliche Herrschaftsausübung minimieren.

Es spricht vieles dafür, im politischen Alltag unserer post-diktatorischen Gesellschaft den wichtigsten Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur, nämlich die willkürliche und sich einsehbaren Legitimationsverfahren entziehende Herrschaftsgewalt der Diktatoren, mit diesem kritischen Gebrauch des Wortes »Herrschaft« zu verbinden. Die »Chance [...], für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden«,³ sollte immer der Rechtfertigung bedürfen. Jedes vorfindbare Herrschaftsverhältnis verdient ein aus dieser antitotalitären Sensibilität gespeistes Misstrauen. Dem trägt die für die meisten fraglose Gleichsetzung von »Herrschaft«, »Diktatur« und »Repression« im Fall der DDR Rechnung.

Diese für die politische (Leit)Kultur unserer Tage nützliche Vorstellung von »Herrschaft« zeigt aber ihre Schattenseiten, wenn es um das tiefere Verständnis der dauerhaften Aufrechterhaltung und Reproduktion einer konkret-historischen Konstellation von diktatorischer Herrschaft geht. Die Vermengung und Verschmelzung verschiedener Begriffe mindert das

3 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Sozialökonomik. III. Abt. 1. vollst. Aufl., Tübingen 1922, S. 122.

Unterscheidungsvermögen. Anstatt den allgemeinen Begriff »Herrschaft« zu scheiden von seiner Anwendung auf ein demokratisches oder ein diktatorisches System, in deren Kontexten wir ihn verwenden, setzen wir alles in eins: »Willkür«, »Repression«, »Herrschaft«, »Diktatur«. Das erschwert uns die Identifizierung besonderer Eigenschaften und Aspekte einer Diktatur, die ihr Funktionieren als Herrschaftssystem verstehen helfen und die sich nicht im willkürlichen Einsatz repressiver Gewalt erschöpfen. Zugleich neigen wir dazu, eine Reihe von uns fremd erscheinenden Phänomenen des »anderen« Systems als für den diktatorischen Charakter eines Regimes typisch einzustufen, obwohl sie mehr oder weniger ähnlich auch in einer Reihe von Demokratien anzutreffen sind.⁴

Diesseits und jenseits des totalitären Herrschaftsanspruchs

Den Begriff »Herrschaft« differenziert zu verwenden erfordert zunächst gesellschaftliche Bereiche und Ebenen voneinander zu unterscheiden, »Herrschaft« also konkreter zu fassen. Mit der mir vorgegebenen Themenstellung »SED-Herrschaft« ist schon ein erster Schritt getan. »Herrschaft in der DDR« wäre ein wesentlich breiter angelegtes Thema gewesen, das zum Beispiel auch »Herrschaft in den und durch die Kirchen« oder »Herrschaft in Ehe und Familie« umfasst – zwei institutionelle Bereiche, deren Autonomie die SED zwar erheblich einschränkte, in denen aber dennoch Herrschaft ausgeübt wurde, die nicht mit der der SED identisch war.

Das methodische Problem, vor das uns das Thema »SED-Herrschaft« stellt, liegt zunächst in der Grenzenlosigkeit und im – hier ist der Begriff am Platz – totalitären Zuschnitt ihres Herrschaftsanspruchs. Es ging ihr bekanntlich nicht nur darum, sämtliche Konkurrenten um Herrschaftsfunktionen auszuschalten oder an den Rand zu drängen. Entscheidend war die wort- und tatenreich ins Werk gesetzte Utopie, buchstäblich alle Abläufe und Entwicklungen eines Gemeinwesens zu kontrollieren und zu steuern. Dieses Gemeinwesen fand sie vor: eine zwar in Trümmern liegende, dennoch äußerst vitale Industriegesellschaft in der Mitte des modernen Europas mit ausdifferenzierten Funktionen und Institutionen, die jeweils für sich und in sich ein eigenes Herkommen an Herrschaftsbeziehungen aufwiesen, die sie tradierten und reproduzierten. Herrschaft nach der Maßgabe des Marx-

4 Als prominentes Beispiel kann hier die Kinderkrippe dienen, die gerne als plakatives Symbol des totalitären Gestaltungswillens des SED-Staats erhalten muss. Das löst seinerseits westlich des Rheins immer wieder erstauntes Kopfschütteln aus: In Frankreich sind Kinderkrippen seit mehreren Generationen eine Selbstverständlichkeit, die der Vitalität der französischen Demokratie offenbar nichts anhaben konnte.

mus-Leninismus sollte nun all diese Bereiche durchdringen und ausrichten. Dabei verbanden sich vorgefundene Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse mit den neuen, durch die SED gestifteten in einer Weise, die mit der Zeit Unterscheidbarkeit auslöschte – jedenfalls auf den ersten Blick. Die SED-Herrschaft schien mehr oder weniger jegliche Herrschaft in der DDR zu repräsentieren: ob im Betrieb, in den Massenorganisationen, in den Staatsapparaten oder – vermittelt über die Firma Horch und Guck – manchmal sogar in den Kirchen.

Es gibt zwei Betrachtungsweisen, die diesen Eindruck einer vollständigen Realisierung des totalitären Herrschaftsanspruchs zu einem trügerischen Befund des »totalitären Unrechtsstaats« oder gar der DDR als »totalitäre Gesellschaft« verdichten. Beiden liegt die Essentialisierung der SED-Herrschaft von einem bestimmten, absolut gesetzten Realitätsausschnitt her zugrunde.

Zum einen lässt sich der totalitäre Charakter der SED-Herrschaft aus ihrer stalinistischen Phase während des »kalten Bürgerkriegs« (Gieseke)⁵ in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren herleiten. Die terroristische Machtentfaltung der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer deutschen Parteigänger folgte – wenn auch in abgeschwächten Dimensionen – dem Prinzip der gewaltsamen Mobilisierung und zugleich Atomisierung aller Gesellschaftsbereiche, mit der bereits die KPdSU die gesellschaftliche Transformation des ehemaligen Zarenreichs ins Werk gesetzt hatte.⁶ Wenn man die sich nach dem 17. Juni 1953 und nach 1956 etablierende Milde rung des politischen Kurses als rein taktisches Manöver unter Beibehaltung dieses Prinzips interpretiert, lässt sich die krisenhafte Eskalation davor durchaus als die Zeit deuten, in der die SED-Herrschaft ihren »wahren« Charakter ausbildete, den sie dann, von Krise zu Krise eilend, dreieinhalb Jahrzehnte lang zu verhüllen suchte.⁷

Zum anderen lässt sich die Realisierung des totalitären Herrschaftsanspruchs aus einer Formanalyse der Institutionenordnung des SED-Staats einschließlich ihrer ideologischen Begründung herleiten. Die SED wendete enorme Ressourcen auf, um das Design ihrer Herrschaftsansprüche wenigstens der äußeren Form nach zu realisieren: Ihre Ideologie nahm die materielle Gestalt bürokratisch organisierter Apparate an, in denen die Exekution der Ideologie professionell verwaltet werden sollte. Die Zuständigkeiten dieser ideologischen Staatsapparate (Althusser)⁸ deckten im Prinzip alle

5 Vgl. Gieseke, Jens: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. Stuttgart, München 2001, S. 23.

6 Vgl. den Beitrag von Jan Behrends in diesem Band.

7 Diese Logik liegt zum Beispiel Interpretationen wie der von Armin Mitter und Stefan Wolle zugrunde. Vgl. Dies.: Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte. München 1993.

8 Althusser, Louis: Ideologie und ideologische Staatsapparate (Anmerkungen für eine Untersuchung). In: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg u. a. 1977, S. 108–169.

Lebensbereiche ab und zielten somit auf wenn nicht Stiftung, so zumindest Ausgestaltung jeder Art von sozialen Beziehungen im gesellschaftlichen Raum. Daraus erwachsen Fassaden vielfältiger gesellschaftlicher Beziehungen, die enorme Ressourcen an Material und Menschen banden. Diese Beziehungen sollten allesamt aus einem Punkt der allerhöchsten Parteiweisheit heraus gesteuert werden: ein Volk von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, freundschaftlich der Sowjetunion verbunden, in Konsumgenossenschaften organisiert, in der einen Kinder- und Jugendorganisation sozialisiert, und – soweit männlich – in militärischen Verbänden auf den Ernstfall vorbereitet.⁹ Als minutiös geplantes und formal gesehen auch weitgehend realisiertes Gesamtkunstwerk betrachtet, beeindruckt diese Fassadenlandschaft noch heute gerade auch Beobachter aus dem übrigen ehemaligen Ostblock, in deren Heimatländern die Staatsparteien es meist weniger genau nahmen. Wenn wir unterstellen, dass die formal-institutionellen Eigenschaften eines Herrschaftssystems als einziges Kriterium seiner Charakterisierung ausreichen, lässt sich die SED-Herrschaft mit Fug und Recht als totalitär bezeichnen.¹⁰

Doch auch eine unter Aufwand von so viel Ressourcen und Energien errichtete Fassade bleibt eine Fassade. Selbst wenn sie derart massiv ausgeführt ist, dass sie als tragendes Element eines Ganzen fungieren kann, bleibt immer noch eine Realität »hinter der Fassade«. Und dieses Leben hinter der Fassade ist für das, was das Leben in der DDR bedeutete, mindestens ebenso wichtig wie die Fassade selbst.

Natürlich nahm das Aufrechterhalten dieser Fassade um jeden Preis im Selbstverständnis der SED einen hohen Stellenwert ein: Der Glaube daran, allein im Besitz der historischen Wahrheit zu sein, und die daraus abgeleitete historische Mission, schlossen eine ergebnisoffene Infragestellung von Prinzipien und Institutionen, wie sie der Vergleich von Anspruch und Realität unweigerlich mit sich bringt, aus. Insofern war diese Fassade für die SED-Herrschaft essenziell. Den ihr innewohnenden Aporien und Dilemmata ist Sigrid Meuschels immer noch lesenswerte Studie über »Legitimation und Parteiherrschaft« gewidmet.¹¹ Sie arbeitet darin die Grenzen dieses Universums eines Gewalt gewordenen »Scheins« von ideologischen Staatsapparaten heraus, überlässt aber die konkrete Frage danach, was sich jenseits dieser Grenzen in dem »DDR« genannten Gemeinwesen ereignete, den empirischen Projekten der Zeithistoriker und Sozialwissenschaftler.

9 Vgl. Pollack, Detlef: Das Ende einer Organisationsgesellschaft: systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: Zeitschrift für Soziologie 19 (1990) 4, S. 292–307.

10 Vgl. z. B. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft. München 1998.

11 Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989. Frankfurt/M. 1992.

Diese Grenzüberschreitung zielt auf die Frage, wie sich die Binnenlogik der SED-Herrschaft zu den sozialen Logiken verhält, die die Beziehungen der DDR-Bewohner strukturierten und die sie selbst im eigenen Sinne reproduzierten. Dem liegt zunächst die einfache Vorannahme zugrunde, dass die Prinzipien der Parteiherrschaft nicht sang- und klanglos an die Stelle überkommener Verhaltensorientierungen und Wertvorstellungen traten. Im Gegenteil: Es war den SED-Ideologen durchaus bewusst, dass sie ihre Utopie der neuen gesellschaftlichen Beziehungen auch aus dem vorgefundenen Material überkommener Beziehungen errichten mussten. Einigen davon wiesen sie dabei ein mythisch überhöhtes Privileg der naturwüchsigen Eignung für die Entwicklung neuer, »sozialistischer« Beziehungen zu: Solidarbeziehungen, wie sie in arbeitsteiligen Produktionsverhältnissen, in Institutionen gemeinschaftlichen Eigentums, aber auch in mit existenzieller wechselseitiger Abhängigkeit verbundenen Kampf- und Überlebensgemeinschaften schon in der kapitalistischen Gesellschaft hatten entwickeln können, sollten als paradigmatische Kerne des neuen kollektivistischen Gesellschaftstyps fungieren. Andere soziale Logiken hingegen mussten durch Instrumentalisierung integriert und somit neutralisiert werden: Individualistische Orientierungen und Verhaltensweisen, wie sie nicht nur dem persönlichen Privateigentum, sondern auch dem Bildungs- und Aufstiegsstreben, den auf feste Partnerbindungen und Kleinfamilie zugeschnittenen Lebensentwürfen und der für hoch entwickelte Industriegesellschaften charakteristischen massenhaften Verfügbarkeit von freier Zeit und Privatsphäre entsprechen, markierten Problemzonen, in denen die SED selbst Friktionen zwischen ihrem Utopieentwurf und »überkommenen Anschauungen« antizipierte.

»Herrschaft als soziale Praxis«

Mit dem Konzept der »Herrschaft als sozialer Praxis« hat Alf Lüdtke vor zwei Jahrzehnten eine von der Sozialanthropologie inspirierte Betrachtungsweise eingeführt,¹² die es uns ermöglicht, die Gemengelage von SED-Herrschaftsanspruch und sozialen Beziehungen der DDR-Bewohner in ihrer paradoxen Komplexität genauer zu fassen. Die größte Herausforderung bleibt dabei, wie schon von Meuschel formuliert, das unmittelbare Neben- und Ineinander von manifester Stabilität und latenter Instabilität der Herrschaftsordnung des SED-Staats zu erklären. Dieses Paradoxon offenbarte sich in der finalen Implosion des Regimes, ließ sich aber bereits in den

12 Lüdtke, Alf (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien. Göttingen 1991, insbes. Einleitung, S. 9–63.